

Lieber Herr Kalsow

wir haben Ihren Brief vom 01.03.2021 als Vorsitzender der Kreisarbeitsgemeinschaft Potsdam Mittelmark in der Fraktion der Linken/Piraten erhalten und beraten.

Wir teilen Ihre Meinung, dass die Rücklage des Kreises aus den vergangenen Jahren beachtlich gewachsen ist. Momentan gibt es, wegen der Pandemie mit deren erheblichen Auswirkungen auf die Finanzierung der Haushalte der Kommunen, tiefgreifende Veränderungen in der Gesellschaft. Sie erfordern eine Unterstützung, insbesondere der finanzschwachen Kommunen durch den Kreis, durch eine Minderung der Rücklage. Außerdem sind seit der Änderung der Grundlagen für die differenzierte Kreisumlage im Jahre 2019, die der Kreis sicher bisher nicht in die Planung einbezogen hatte, die Umlagen für jede Kommune angestiegen.

Angesichts dieser Mittel kann unsere Fraktion – zumindest im Grundsatz – das Ansinnen der Kommunen verstehen, die eine Senkung der Kreisumlage um 4,12 auf 38,88 % gefordert haben.

Auf der Grundlage der Orientierungsdaten zur Ermittlung der Kreisumlage hieße das für das Jahr 2021, dass die Kommunen um knapp 8 Millionen Euro entlastet würden. Umgerechnet auf die Bevölkerung entspräche diese Entlastung im Schnitt etwa 36 Euro für jeden Einwohner des Landkreises (Basis Oktober 2020).

Unsere Fraktion spricht sich eindeutig gegen eine pauschale Senkung der Kreisumlage aus. Die Auswirkungen dieser Senkung wurden für verschiedene Kommunen berechnet. Um Ihnen die Wirkung zu verdeutlichen, wurden diese auf die Einwohner des Kreises umgelegt. Dazu lagen uns die Haushalte kreisangehöriger Kommunen für 2021 vor.

Kleinmachnow etwa müsste bei der Senkung des Hebesatzes 1 Million Euro weniger einzahlen. Das sind 49 Euro je Einwohner. Teltow müsste 1,06 Millionen Euro weniger einzahlen; das sind 39 Euro je Einwohner. Werder müsste 976.000 Euro weniger einzahlen; das sind 37 Euro je Einwohner. Die Gemeinde Linthe, die nur 910 Einwohner hat, aber sehr gute Steuereinnahmen in den vergangenen Jahren verbuchen konnte, würde ihren Haushalt nur um ca. 53.000 Euro entlasten und doch entspräche dies 58 Euro je Einwohner.

Dagegen ergeben sich aber für Kommunen in schwieriger finanzieller Lage unter dem Durchschnitt liegende Werte. Zum Beispiel Treuenbrietzen mit 31 Euro je Einwohner und die Kommunen aller Ämter ohne Linthe mit 32 Euro je Einwohner.

Sicher kann jetzt gesagt werden, was sind denn 5 Euro je Einwohner unter dem Durchschnitt, aber 31 Euro gegenüber 39, 49 oder 58 Euro sind doch ein deutlicher Unterschied.

Weiterhin wissen wir, dass gerade diese Kommunen auch in den Gesamteinnahmen von Steuern und Schlüsselzuweisungen je Einwohner weit abgeschlagen zu finden sind. Auf der Basis der Daten für 2019 ergibt sich aus unseren Berechnungen, dass den genannten Kommunen, wiederum umgerechnet auf die Bevölkerungsanzahl, je Einwohner folgende Summen zur Verfügung standen:

(Summe der Schlüsselzuweisung und der Steuern abzüglich der Kreisumlage).

Kleinmachnow, Teltow, Linthe, Borkheide und Niemegek standen im Jahr 2019 zwischen 1.000 Euro und ca. 1650 Euro je Einwohner zur Verfügung

## **Liste der Kommunen die Mittel aus dem KEB 2021 erhalten**

<b>Kommune</b>	<b>Senkung Kreisumlage *</b>	<b>KEB-Anteil</b>
Rabenstein	25.000 €	190.743 €
Planetal	30.500 €	200.000 €
Mühlenfließ	29.000 €	178.123 €
Päwesin	15.000 €	36.000 €
Brück	130.000 €	233.055 €
Niemeck	74.000 €	131.963 €
Rosenau	28.000 €	41.650 €
Ziesar	80.000 €	114.300 €
Wiesenburg	145.000 €	185.153 €

\* Basis Kreisumlage 2020

### **Vergleich der Senkung der Kreisumlagen auf 38,88 % und Summe der Anträge von einigen Kommunen**

Treuenbrietzen und den Kommunen aller Ämter ohne Linthe, Borkheide und Niemeck standen weniger als 700 Euro je Einwohner zur Verfügung. Die Kommunen des Amtes Ziesar hatten sogar nur 604 Euro je Einwohner.

Unser vordergründiges Ziel ist es, dass finanzschwache Kommunen in die Lage versetzt werden, Investitionen zu tätigen. Um den finanzschwachen Kommunen dafür mehr Mittel zur Verfügung zu stellen, haben wir – die Fraktion der Linken/Piraten, gemeinsam mit der SPD – den Antrag gestellt, das Kreisentwicklungsbudget auf 3 Millionen zu erhöhen. Dies wurde vom Kreistag bestätigt. Alle förderfähigen Kommunen werden dadurch im Durchschnitt mit 35 Euro je Einwohner zusätzlich unterstützt.

Warum unsere Entscheidung richtig war, zeigt die Prioritätenliste der beantragten Mittel für das Kreisentwicklungsbudget. Nach der bereits erfolgten Entscheidung des Kreistages zur Erhöhung auf 3 Millionen Euro wird diese Liste mit großer Wahrscheinlichkeit am 22.03.2021 auch so bestätigt.

Angesichts der oben dargelegten gravierenden Unterschiede zwischen finanzstarken und -schwachen Kommunen sollte eigentlich eine differenzierte Kreisumlage eingeführt werden, die nicht nur die Schulkosten ausgleicht. Das aber lässt das Gesetz bisher leider nicht zu.

Für die nächsten Jahre wäre zu prüfen, ob ein Kreisentwicklungsbudget (KEB) mit anderen Förderbedingungen nicht einen wesentlich faireren Ausgleich schaffen könnte. Vielleicht auch ohne Antragstellung der Kommunen, wie im Landkreis Havelland. Wir werden in den folgenden Monaten an den Richtlinien für die Förderung der Anträge, die auch im Kreistag noch bestätigt werden müssen, mitwirken. Darüber hinaus werden wir eine Änderung der Förderrichtlinien für das KEB erarbeiten und beantragen und darin die Aufnahme der Förderung von Planungsleistungen vorschlagen.

Zum Abschluss ein Zitat von Jane Goodall, einer britischen Verhaltensforscherin, mit nachfolgender regionaler Anpassung:

**„Wenn wir die Zukunft ernst nehmen, dann müssen wir aufhören es anderen zu überlassen, sondern selbst aktiv werden.“**

Auf unseren Fall bezogen müsste das Zitat lauten:

**„Wenn wir die Zukunft aller unserer Kommunen ernst nehmen, dann müssen wir aufhören es anderen zu überlassen, sondern selbst aktiv werden und ihnen ausreichend Mittel zur Entwicklung ihrer wunderbaren Orte geben.“**